

Thomas Weith

# 30 JAHRE SPÄTER: RAUMENTWICKLUNG UND RAUMPLANUNG IN DEUTSCHLAND NACH 1989/90

Ein pointierter Blick

Auch für die Raumforschung gilt: Geschichte hat wieder Konjunktur. Und dies nicht nur zur Offenlegung erschütternder brauner Vergangenheiten (zuletzt Baumgart 2020). Geschichtliche Auseinandersetzungen sind notwendig, um längerfristige Entwicklungen, aber auch Brüche besser zu verstehen und die fachlichen „Erzählungen“ einzuordnen. Im Folgenden soll auf die dreißig Jahre nach dem Mauerfall von 1989/90 bis heute fokussiert werden. Leider liegen nur wenige überblicksartige Arbeiten hierzu vor (v. a. Altrock/Huning/Kuder et al. 2010; Weith/Strauß 2017). Zugleich lässt sich die Vielzahl von Veröffentlichungen zu einzelnen Themen, wie z. B. kürzlich zu 100 Jahren Groß-Berlin, in diesem Rahmen nicht auswerten. Die folgenden Ausführungen basieren deshalb – ohne Anspruch auf eine geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung – auf Analysen und wertenden Einschätzungen des Autors (basierend auf Weith/Strauß 2017 und ausgewählten weiteren Quellen). Sie sollen zur weiteren Reflexion der eigenen Fachgeschichte in Deutschland anregen. Dabei werden schlaglichtartig wichtige Einflussfaktoren des räumlichen Wandels und der räumlichen Transformation (zum Begriff Hölscher/Wittmayer/Loorbach 2018) in den Blick genommen. Somit stehen zentrale Akteure, Prozesse, Logiken, Handlungsorientierungen und Ergebnisse im Mittelpunkt. Eine gezielte theoriebasierte Analyse oder empirische Auswertung bleibt zukünftigen Arbeiten vorbehalten.

## 1989/90: Raumplanung nach der Planwirtschaft – und dem alten rheinischen Kapitalismus

Spätestens ab dem Herbst und Winter 1989 prägten politische, wirtschaftliche, soziale, umweltbezogene und kulturelle Umbrüche Europa (Prigge 2004: 42). Die jeweiligen räumlichen Entwicklungen sowie deren steuernde Beeinflussung unterschieden sich jedoch zum Teil deutlich, nicht nur innerhalb Europas, sondern auch mit Blick auf die beiden deutschen Staaten. Denn „fünf neue Länder“ traten der „alten“ Bundesrepublik bei und übernahmen somit die

Rechtsordnungen, das Wirtschafts- und Sozialsystem, die Eigentumsordnung und auch Verwaltungsabläufe. „Ungeordnetes“ wurde im Einigungsvertrag festgelegt. Dezierte Partnerschaften zwischen den alten und neuen Bundesländern prägten diesen Prozess.

Die erheblichen raumstrukturellen Unterschiede zwischen Ost und West mussten spätestens mit dem Bundesraumordnungsbericht 1991 (BMRBS 1991) allen bekannt sein. Prägend für die neuen Länder waren:

- > die zum Teil erheblich geringeren Siedlungsdichten,
- > Siedlungsstrukturen mit entweder maroder oder exzellent denkmalgeschützter Innenstadtsubstanz in Kombination mit großflächigen Neubausiedlungen,
- > ein nicht existierender bzw. funktionierender Boden- und Wohnungsmarkt,
- > der hohe Anteil von oftmals international nicht wettbewerbsfähiger (oder unerwünscht konkurrierender) Industrie sowie wenige Dienstleistungsangebote,
- > die differierende Versorgungs- und Infrastrukturqualität,
- > großflächige agrarische Produktionsflächen sowie
- > die gigantischen Umweltzerstörungen einerseits sowie großflächig-naturnahe Kulturlandschaften andererseits, in den Worten des früheren Bundesumweltministers Klaus Töpfer das „Tafelsilber der Einheit“.

Dies alles wurde „transformiert“, in der Hoffnung bzw. mit dem Versprechen auf „blühende Landschaften“ (Helmut Kohl). Die Folgen wirken bis heute, z. B. bei verfehlten Standortentscheidungen beim Einzelhandel oder den infrastrukturellen Überkapazitäten (bspw. bei der Abwasserbehandlung).



© Thomas Weith

„Blühende Landschaft“ in Thüringen 2004

Raumplanerisch-fachlich herrschte, trotz erheblicher soziokultureller Unterschiede, zwischen Ost und West dabei ein ähnliches Grundverständnis. Weder die grundsätzliche Notwendigkeit einer räumlichen Planung noch Wertvorstellungen wie Disparitätenabbau, Gleichwertigkeit und Versorgungsgerechtigkeit wurden beiderseits infrage gestellt. Das Konzept der Zentralen Orte war „hüben wie drüben“ anerkannt, die Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Analyse sowie qualifiziertes Personal standen zur Verfügung (vgl. Winkel 2017; Berkner 2017), wenngleich nicht immer an den richtigen Stellen. Die reale Umsetzung eines räumlichen Planungs- und Gestaltungsanspruches gestaltete sich allerdings mehr als problematisch. Bundespolitisch war unter der Regierung von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher kein „großer Wurf“ zu erwarten. Zwar wurde mit dem Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen (1993) und dem Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen (1995) auf Bundesebene eine andere Art des rahmensetzenden Pläne-Machens realisiert. Räumliche Wirkungen entfalteten jedoch die direkt investiven Fachpolitiken (z. B. Verkehrsprojekte Deutsche Einheit) sowie die raumwirksamen sektoralen Fördermittelvergaben und Abschreibungsmöglichkeiten, insbesondere in Kombination mit den eigentumsrechtlichen Vorgaben des Einigungsvertrages und den Aktivitäten der Treuhand. Eine integrative Raum- und Regionalentwicklung war so nicht zu erwarten.

Die Landes- und Regionalplanung startete in den ostdeutschen Bundesländern 1990 organisatorisch neu. Bereits in der unmittelbaren Nachwendzeit wurden infor-

melle Formen der Zusammenarbeit entwickelt (vgl. z. B. Provisorischer Regionalausschuss 1990). Und auch neue Formen der Zusammenarbeit wurden etabliert wie bspw. zwischen den Bundesländern Berlin und Brandenburg (vgl. Priebis 1996, 2017). Zugleich orientierte sich zu Beginn das Planungsgeschehen der ostdeutschen Länder mehr an den landespolitischen Blaupausen der Partnerländer als an den eigenen Problemen. Zudem lieferte die Ende der 1980er Jahre im Westen forcierte projektorientierte Landesentwicklung, wie z. B. in Nordrhein-Westfalen durch das IBA-Motto „Projekte statt Pläne“ (Ganser 1999: 16) verdeutlicht, nur partiell Lösungsansätze für die großflächigen Herausforderungen in den neuen Ländern. Im Ergebnis war die Raumplanung zwischen 1990 und 1992 als steuernde Instanz faktisch abwesend. Die Folge waren große, vom kommunalen Wettbewerb getriebene Fehlentwicklungen für Wohnen, Gewerbe, Handel und technische Infrastrukturen mit hoher Persistenz (Winkel 2017; Ortman 2017). Die dafür verantwortlichen Kommunen waren entsprechend dem Einigungsvertrag die einzige direkt handlungsfähige Gebietseinheit in Ostdeutschland. Auch getrieben durch die Logik der Kommunalfinanzen wurden Siedlungs- und Verkehrsflächen in bislang nie gekanntem Ausmaß neu erschlossen, aber auch – wenngleich verzögert – Innenstädte als Wohnstandorte zurückgewonnen. Die in der alten Bundesrepublik zum Ende der 1980er Jahre stark diskutierten Fragen nach stärkerer Partizipation und Umweltvorsorge spielten dabei in der ostdeutschen Planungspraxis kaum eine Rolle.

In den „alten Ländern“ schlug sich der Einigungsprozess einerseits für die vormals räumlich peripherisierten Regionen (z. B. Nordostbayern) durch wiedergewonnene Zentralitäten und Entwicklungsoptionen positiv nieder. Für die Wachstumsregionen v. a. im Süden und Südwesten zeigten sich jedoch andererseits schon bald kommunale Überlastungserscheinungen, z. B. als Engpässe in der Wohnraumversorgung durch zugezogene ostdeutsche Arbeitnehmer/innen. Entsprechenden Anpassungsbedarf gab es bei Plänen und Konzepten.

### Ernüchterung und Neuorientierung

Auf die Jahre des wilden Aufbruchs (im Osten) folgte Ende der 1990er Jahre eine Phase der Neuorientierung. Vom bundespolitischen Regierungswechsel flankiert – interpretierbar als Ausdruck anderer gesellschaftlicher Zielvorstellungen – wurde schrittweise neu justiert. Denn bei weiterhin hohen Fördersummen, insbesondere für den „Aufbau Ost“, waren erhebliche Fehlentwicklungen erkennbar. Parallel zum vielfachen Fehlen wirtschaftlich eigenständiger Entwicklung mit leerstehenden Industrie- und Gewerbeflächen und hoher Arbeitslosigkeit zeigte sich auch ein erheblicher Leerstand in den DDR-Neubaugebieten. Neben dem Umzug in die neuen Eigenheimgebiete war die massive und dauerhafte Abwanderung „Richtung Westen“ dafür mitverantwortlich. Schrumpfungsprozesse wurden so zum eigenständigen Thema. Gleichzeitig sank durch Haushaltsdefizite, forcierte Privatisierungspolitiken und Strukturreformen (v. a. Verwaltungsneugliederungen) der öffentliche Handlungsspielraum enorm, in Ost wie West (Altrock 2017;

Franzke 2017). Die Kommunen sahen sich, in Ostdeutschland auch durch einigungsbedingte Sonderlasten (sog. Alt-schulden), nicht mehr in der Lage, die Probleme eigenständig zu bewältigen. Als Reaktion darauf entstand, zuerst im Osten der Republik, später auch auf den Westen modifiziert übertragen, mit dem Stadtumbau ein neues Stadtentwicklungsinstrumentarium (vgl. Liebmann 2009).

Zugleich ließ sich zu Beginn der 2000er Jahre verstärkt der Einfluss von Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung beobachten. Während die Agenda 21 der Rio-Konferenz 1992 sich anfänglich in der deutschen Raumplanung kaum niederschlug, fand sie in der Novellierung des Bundesraumordnungsgesetzes von 1997 erstmals als Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung Eingang. Das 1999 verabschiedete Europäische Raumentwicklungskonzept EUREK betonte die europäische Zusammenarbeit und territoriale Kohäsion für eine nachhaltige Entwicklung. Die Weltkonferenz Urban 21 in Berlin im Jahr 2000 rückte die besondere Bedeutung der Städte in den Mittelpunkt. Diskutiert wurde über die Metropolisierung und die Entwicklung von Megacities.

Wie heterogen Nachhaltigkeit jedoch hierbei interpretiert werden konnte, zeigten die wenig kohärenten bundespolitischen Interpretationen über die Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des Bundes: Von einer wettbe-

werblichen Regionalentwicklung bei *Regionen der Zukunft* über kooperative Ansätze bei den *Städtenetzen* bis hin zu den stark ökologisch orientierten *Sanierungs- und Entwicklungsgebieten* (vgl. insgesamt BBR 2000: 207 f.) lässt sich alles finden. Gleiches gilt für die europäischen INTERREG-Aktivitäten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Bei den wichtigen raumrelevanten Fachpolitiken blieb vieles beim Alten. Dringend notwendige Reformen wie die der EU-Agrarpolitik wurden schon 1999 nicht angepackt – alles blieb wie es war. Das neue Handlungsfeld der Meeresraumordnung, entwickelt auf der Grundlage des europäisch beschlossenen integrierten Küstenzonenmanagements, blieb weitgehend ein fachliches Randthema.

Bei der nun schrittweisen Etablierung der formalen Landes- und Regionalplanung in Ostdeutschland ließen sich alsbald landesspezifische Ausdifferenzierungen und Neuansätze erkennen. So etablierten, vor allem auf bayrische Erfahrungen aufbauend, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen neue Regionalmanagementformen. Die Erfahrungen der IBA Emscherpark nutzend, startete mit einer Staffelstabübergabe die IBA Fürst-Pückler-Land in der Lausitz. Gleichzeitig schritten großflächige Umweltsanierungsaktivitäten, wie z. B. in der Uranbergbauregion Ronneburg, schrittweise voran und wurden 2007 mit einer Bundesgartenschau öffentlich präsentiert.



Großflächige Sanierung Wismut – BUGA 2007





© Thomas Weith

Fürst-Pückler-Land in der Lausitz 2003: noch ohne Wasser unter dem Kiel

### Visionen und harte Realitäten

Ob dann der erneute Regierungswechsel auf Bundesebene 2005 zu erheblichen Veränderungen der Raumentwicklungspolitik beigetragen hat, darf bezweifelt werden. Denn die von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) verabschiedeten neuen Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung 2006 wurden bereits durch einen zweijährig vorlaufenden Diskussionsprozess vorbereitet (Aring 2005; weiterführend Hesse 2015). Sie sollten rahmensetzenden Charakter für eine zukünftig durch die Föderalismusreform etablierte konkurrierende Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Raumordnung entfalten. Mit ihren drei Leitbildern schließen sie (1) an eine ökonomisch orientierte Innovationspolitik – vor allem getragen von Metropolen – an, betonen (2) zugleich die Notwendigkeit von Daseinsvorsorge und Gleichwertigkeit und sehen (3) in Umweltaspekten v.a. Ordnungsaufgaben. Dazu wurde der unscharfe Begriff der räumlichen Verantwortungsgemeinschaften eingeführt. Er sollte auf die sich in den Ländern immer stärker zeigenden räumlichen Disparitäten eingehen. Dort wurde jedoch auf andere Weise darauf reagiert. Einige Bundesländer wechselten, auch aufgrund mangelnder finanzieller Optionen, gezielt ihren Fokus und konzentrierten ihre räumlichen Entwicklungsbemühungen auf wenige Orte. Das Motto in Brandenburg beispielsweise lautete 2007 demnach: Von der *Dezentralen Konzentration* zu *Stärken stärken*. Für die Entwicklung ländlicher Räume

zeigt sich somit ein zwiespältiges Bild. Einerseits wurde eine Peripherisierung des *ländlichsten* Raums (Weiß 2002) bis zu einem gewissen Grad (Mindeststandards) hingenommen. Andererseits entstand durch die schrittweise intensivierte, fachpolitisch getragene Energiewende ein verstärkter „Druck auf die Fläche“ in ländlichen Regionen für die Etablierung von Windenergie und inzwischen auch von Photovoltaik, der auch neue innovative Planungsformate generierte. Zugleich erforderten die sich mit dem Klimawandel schrittweise einstellenden Extremwetterereignisse eigene Handlungsroutinen in der Klimaanpassung und im Hochwasserschutz.

### Retro als Zukunft – und Neuausrichtungen

Für den noch jungen Zeitabschnitt seit der Bundestagswahl 2017 lassen sich zwei Entwicklungen besonders hervorheben. Zum einen gewann und gewinnt, nicht zuletzt ausgelöst durch die Wahlgewinne der AfD in ländlichen Regionen, die Wiederorientierung an Fragen der Gleichwertigkeit, auch als Heimatpolitik bezeichnet, eine fachübergreifende Aufwertung (BMI/BMEL/BMFSFJ 2019), bis hin zu neuen Förderpolitiken (z.B. Heimat 2.0). Daraus hat sich inzwischen eine breite fachliche Debatte über Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit entwickelt (vgl. z.B. ARL-Kongress 2020). Zum anderen wurden in den letzten Jahren schrittweise ressortübergreifende Programme für eine integrierte räumliche Forschungs- und Entwicklungspro-

grammatik entwickelt (z. B. Zukunftsstadt, Kommunen Innovativ, Stadt-Land-plus). Sie weisen neben der für die Raumentwicklung zentralen fachübergreifenden Perspektive den Weg zu einer stärkeren Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und regionalem Handlungswissen in Form von transdisziplinären Zugängen mit sogenannten Reallaboransätzen auf. Dies zielt auf eine Beseitigung des mangelnden Ineinandergreifens von Raumforschungserkenntnissen und steuerndem Handeln ab (vgl. Diller/Thaler 2017).

### Was wirkt – was bleibt – was kommt?

Was haben die Aktivitäten der räumlichen Planung und Entwicklung nun in den letzten dreißig Jahren bewirkt? Folgt man der Argumentation von Mäding (2017), so haben sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland inzwischen grundsätzlich angeglichen, das Thema gleichwertiger Lebensverhältnisse wird gleichwohl fortbestehen. Welchen Beitrag die Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung zu den Veränderungen geleistet haben, lässt sich jedoch nicht klar ableiten. Die Vielzahl finanzieller Transfermechanismen in Deutschland (z. B. Finanzausgleich, Sozialversicherungsleistungen und Förderpolitiken) trägt – so die einhellige fachliche Meinung – erheblich zu einem Ausgleich räumlicher Entwicklungen bei (Mäding 2009, 2017). Zugleich wird mit Blick auf die Jahre nach der „Wende“ in Ostdeutschland auch klar, welche negative Auswirkungen eine fehlende überörtliche räumliche Planung und Koordinierung haben kann. Zugleich wird deutlich, dass auf neue Herausforderungen mit neuen Lösungsansätzen geantwortet wurde, wie z. B. mit der länderübergreifenden Gemeinsamen Landesplanung in Berlin-Brandenburg, den diversen Regionalmanagement-Ansätzen, der formatorientierten integrativen Regionalentwicklung (Danielzyk/Priebs 2017) mit IBAs und Regionalen oder dem Stadtumbau. So wurden innovative Lösungsansätze für Schrumpfsregionen entwickelt (vgl. ARL 2016), ebenso wie neue Lösungen zur Steuerung großflächiger Windparks durch die Regionalplanung (Regionale Energiekonzepte und Vorranggebiete). Bedeutsam war hierbei der fachliche Perspektivwechsel mit der Anerkennung der Vielfalt von involvierten Akteursgruppen und ihren Wissensbeständen, widergespiegelt vor allem im Begriff der Governance, und einer weniger territorialen, sondern stärker funktional-interaktionsorientierten Perspektive auf Stadt-Land-Verflechtungen (vgl. z. B. Doernberg/Weith 2021).

Im Rückblick bleibt gleichwohl irritierend, dass zentrale Probleme der Raumentwicklung seit Jahrzehnten ungelöst bleiben und sich zum Teil sogar verschärft haben. So ist das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen mit all seinen negativen Folgewirkungen bereits seit den 1960er Jahren anhaltend hoch (vgl. Umweltbundesamt 2020). Die Verknüpfung von räumlicher Entwicklung und Eigentumsstrukturen (Grund und Boden) bleibt in der Praxis unbearbeitet (vgl. Gerber/Hartmann/Hengstermann 2018). Und es fehlen – wie auch dieser Artikel zeigt – weiterhin umfassende Wirkungsanalysen im Sinne einer Evidenzkultur (BBSR 2011).

Neue Herausforderungen wie das Nebeneinander komplexer Wachstums- und Schrumpfungsprozesse, Migrationsbewegungen inner- und außerhalb Europas, Klimaanpassung, die Energie- und Mobilitätswende, die Möglichkeiten und Folgen der Digitalisierung und einer stärkeren Resilienzorientierung, nicht nur mit Blick auf Covid-19 (vgl. auch ARL 2021), sind dabei nicht mehr im alten Ost-West-Schema versteh- und lösbar. Sie sind gesamtdeutsche, eigentlich europäische Themen. Zielführend ist somit eine stärkere europäische Raumentwicklung mit echter Transformationsperspektive. Mit dem Green Deal der EU besteht die Chance zur Neuausrichtung – sie muss nur von allen für die Raumentwicklung (Selbst-)Verantwortlichen aktiv aufgegriffen werden.

### Literatur

- Altrock, U. (2017): Stadtplanung – neu gedacht. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90. Münster, 47-57.
- Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H. (Hrsg.) (2010): Zwanzig Jahre Planung nach der Wiedervereinigung. Berlin. = Planungsgrundschau 20.
- Aring, J. (2005): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Diskussionspapier (01.09.2005). [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/themen/\\_alt/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Projekte/Leitbilder2006/Diskussionspapier\\_pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/themen/_alt/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Projekte/Leitbilder2006/Diskussionspapier_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (08.04.2021).
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven und Handlungsfelder. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 108. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01086>.
- ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2021): SARS-CoV-2-Pandemie: Was lernen wir daraus für die Raumentwicklung? Hannover. = Positionspapier aus der ARL 118. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01189>.
- Baumgart, S. (Hrsg.) (2020): Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie – das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 29. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-42712>.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Bundesraumordnungsbericht 2000. Bonn/Bad Godesberg.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011): Politikberatung in der Raum- und Stadtentwicklung. Bonn. = Informationen zur Raumentwicklung (7/8).
- Berkner, A. (2017): Energiewende und Regionalplanung in den Neuen Ländern. Sachstand und Perspektiven zwischen Braunkohle, erneuerbaren Energien und Netzausbau. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90. Münster, 137-153.
- BMI/BMEL/BMFSFJ – Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Unser Plan für Deutschland. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=5D7397320F02FDEDC8E0E4F327A288.2\\_cid295?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=5D7397320F02FDEDC8E0E4F327A288.2_cid295?__blob=publicationFile&v=4) (08.04.2021).
- BMRBS – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1991): Raumordnungsbericht 1991. Bonn/Bad Godesberg.
- Danielzyk, R.; Priebs, A. (2017): Zukunft der Regionalplanung. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90. Münster, 165-177.

Diller, C.; Thaler, T. (2017): Zum Gap zwischen theoriebasierter Planungsforschung und Planungspraxis. Eine Betrachtung weiter Teile des deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Outputs seit 2003. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (1), 57-69.

Doernberg, A.; Weith, T. (2021): Urban-Rural Interrelations – A Challenge for Sustainable Land Management. In: Weith, T.; Barkmann, T.; Gaasch, N.; Rogga, S.; Strauß, C.; Zscheischler, J. (Eds.): *Sustainable Land Management in a European Context – A Co-Design Approach*. Berlin, 101-124.

Franzke, J. (2017): Kommunale Verwaltungs- und Gebietsreformen. Ein Dauerbrenner. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster, 95-109.

Ganser, K. (1999): Nachhaltige Regionalentwicklung durch die IBA Emscher Park. In: Kurth, D.; Scheuven, R.; Zlonicky, P. (Hrsg.): *Laboratorium Emscher Park*. Dortmund, 14-18.

Gerber, J.-D.; Hartmann, T.; Hengstermann, A. (2018): *Instruments of Land Policy*. London.

Hesse, M. (2015): Wachstum, Innovation, Metropolregionen. In: Strubelt, W.; Briesen, D. (Hrsg.): *Raumplanung nach 1945*. Frankfurt a.M./New York, 355-373.

Hölscher, K.; Wittmayer, J.; Loorbach, D. (2018): Transition versus transformation: What's the difference? In: *Environmental Innovation and Societal Transformations* 27,1-3.

Liebmann, H. (2009): Stadtumbau – städtebauliche Strategien in Ostdeutschland. In: Kühn, M.; Liebmann, H. (Hrsg.): *Regenerierung schrumpfender Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext*. Wiesbaden, 141-156.

Mäding, H. (Hrsg.) (2009): *Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung*. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 232.

Mäding, H. (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse und Aufbau Ost. Eine Zwischenbilanz nach 25 Jahren. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster, 69-83.

Ortmann, C. (2017): Die Entwicklung von Zentren. Eine persönliche Betrachtung aus Mittelthüringen. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster, 85-93.

Priebs, A. (1996): Gemeinsame Landesplanung Berlin/Brandenburg – Vorbild für die Regionen Bremen und Hamburg? In: *Die Öffentliche Verwaltung* (13), 541-550.

Priebs, A. (2017): Der Aufbau der Gemeinsamen Landesplanung Berlin/Brandenburg. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster, 35-45.

Prigge, W. (2004): Schrumpfungspfade. In: Oswalt, P. (Hrsg.): *Schrumpfende Städte*. Bd. 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern-Ruit, 42-47.

Provisorischer Regionalausschuß Planungsgruppe Potsdam (1990): *Grundlagen und Zielvorstellungen für die Entwicklung der Region Berlin*. 1. Bericht – 5/90. Potsdam.

Umweltbundesamt (2020): *Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche*.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten#flachenverbrauch-in-deutschland-und-strategien-zum-flaechensparen> (15.03.2021).

Weiß, W. (2002): Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. In: *Raumforschung und Raumordnung* 60 (3-4), 248-254.

Weith, T.; Strauß, C. (2017): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster.

Winkel, R. (2017): Der Zauber des Neuanfangs: Ideen und Konzepte 1990/1991. In: Weith, T.; Strauß, C. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“ *Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90*. Münster, 21-33.



© Thomas Weith

#### APL. PROF. DR.-ING. THOMAS WEITH

ist Leiter der Arbeitsgruppe „Co-Design of Change and Innovation“ am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg e.V. und außerplanmäßiger Professor für Raumplanung und Umweltentwicklung am Institut für Umweltwissenschaften und Geographie der Universität Potsdam. Er ist Mitglied der ARL und forscht aktuell zu Fragen der räumlichen Planung und Regionalentwicklung, zu Landmanagement und Flächenpolitik sowie zu transdisziplinären und transformativen Ansätzen mit dem Fokus auf Wissen und Normen. Räumliche Schwerpunkte sind Europa und Asien.

Tel. +49 (0)33432 82-124  
Thomas.Weith@zalf.de